



Agentur Schweiz. Stiftung für die Familie

Nr. 35/10 vom 22.09.2010

Die Luzerner Erfahrungen mit Betreuungsgutscheinen

Im April 2009 hat Luzern im Sinne eines Pilotprojekts Betreuungsgutscheine für die familienexterne Kinderbetreuung eingeführt. Am 21. September zog die Sozialbehörde im Rahmen einer Tagung in Luzern eine positive Bilanz, liess aber auch kritische Stimmen zu.

(SSF/im.) Die zuständige Dienstchefin der Sozialdirektion der Stadt Luzern, Regula Wyrsh, verwies auf die positiven Ergebnisse des Pilotprojekts. Sie konnte insbesondere auf eine starke Steigerung der angebotenen Betreuungsplätze verweisen. Diese stiegen von 393 (2008) auf heute 614. Dies habe zu einer Auswahlmöglichkeit für die Eltern geführt. Die Zahl der in Tagesstätten und Tagesfamilien betreuten Kinder im Vorschulalter sei von 26 auf 32% gestiegen. Aufgrund des heutigen Angebots könnten Eltern auch besser planen. Ausserdem habe sich die soziale Durchmischung bei den betreuten Kindern verbessert. 2013 soll das System in Luzern und den Agglomerationsgemeinden definitiv eingeführt werden.

Der Systemwechsel habe zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Eltern geführt, bilanzierte Wyrsh. Aufgrund der Begleitung durch die städtische Sozialdirektion sei auch das Qualitätsbewusstsein der Tagesstätten gestiegen. Dies hängt damit zusammen, dass die Stadt Luzern wesentlich mehr Geld – heute rund 5 Millionen Franken – in das Projekt investiert, das als Pilotprojekt auch vom Bund subventioniert wird. Ruedi Meier, Sozialdirektor der Stadt Luzern, ist stolz auf das Erreichte und betonte: „Der Standortvorteil einer Stadt wird in Zukunft ihre Familienfreundlichkeit sein.“

Gut kontrolliert und begleitet

Das Angebot an Betreuungsplätzen bei Tagesfamilien ist demgegenüber nicht markant angestiegen. Eine Begründung dafür gab es nicht. Die Erziehungswissenschaftlerin Patricia Schwerzmann Humbel betonte allerdings, dass gut kontrolliert werde, ob die Qualitätsstandards von den Betreuungseinrichtungen auch eingehalten würden – auch ohne Voranmeldung. Um Befürchtungen vor Qualitätsverlust durch die Marktorientierung des Systems und entsprechende politische Vorbehalte aufzufangen, wird das Pilotprojekt auch durch das Institut Interface begleitet. Die zuständige Projektleiterin Franziska Müller wies auf die höhere soziale Durchmischung hin. Eine anfänglich befürchtete Preisexplosion bei den Tarifen sei ausgeblieben, auch wenn diese heute leicht höher seien. Die Abstufung nach Einkommen und Vermögen bei der Festlegung der Gutscheinhöhe halte aber immer noch etliche Eltern davon ab, das Angebot in Anspruch zu nehmen und dafür eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Ein Faktum, das besonders der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF), Jürg Krummenacher, negativ wertete. Er sieht in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem die Freiheit beider Eltern, beruflich tätig sein zu können. Das

Problem schlecht integrierter Kinder manifestiert sich vor allem bei bildungsfernen (Immigrations-)Familien, wie die Freiburger Erziehungswissenschaftlerin Prof. Margrit Stamm bestätigte. Sie kritisierte die Tendenz, die Wahlfreiheit der Eltern über das Wohl des Kindes zu stellen. Dieses müsse im Mittelpunkt stehen. Im Falle von Migrationsfamilien könne das heissen, dass die Kinder eine externe Betreuung brauchen, um den Anschluss an die Schule und Berufswelt zu gewinnen. Sie bestätigte die Beobachtung Krummenachers, dass gerade diese Kinder vom aktuellen Luzerner Modell nicht erreicht werden. Der Grund: Auch schlecht Verdienende müssen noch einen Anteil von mindestens 15 Franken pro Tag für die Betreuung bezahlen. An einem Workshop wurde daher der Vorschlag präsentiert, dass sich die Stadt bei ihrer Unterstützungsleistung vor allem auf Familien mit einem steuerbaren Einkommen unter 50.000 Franken konzentriere. Bisherige Studien hätten ergeben, dass die Betreuungsgutscheine für niedrige Einkommen zu tief sind, heisst es auch in einer Empfehlung für die Weiterentwicklung des Gutscheinsystems: „Es unterstützt Familien, die von der Sozialhilfe abhängig sind oder finanziell nahe an der Sozialhilfe stehen, nicht ausreichend.“ Deshalb soll das System für die unteren Einkommen angepasst werden.

„Internationale Achillesverse“

Margrit Stamm erinnerte auch an grundsätzliche Risiken der familienexternen Betreuung. Zum Beispiel: Wenn es zuhause Probleme gibt und auch das Klima in der Kindertagesstätte nicht gut ist, kumulieren sich die Negativfolgen für das Kind. Weitere „Internationale Achillesfersen“ der familienexternen Betreuung seien die Forderung nach Flexibilität bei den Betreuungszeiten, zu grosse Gruppen, mangelnde personelle Ressourcen und die Konkurrenzsituation zwischen Krippen. Diese verleite die Anbieter, zu wenig ausgebildetes Personal anzustellen. „Das Personal ist das Herzstück jeder Einrichtung“, betonte die Pädagogin. Denn die ersten Lebensjahre seien die zentralsten im Leben des Kindes. Stamm forderte angesichts von Tendenzen, die Erziehung zu delegieren, auch einen bewussten Einbezug der Eltern in die Mitverantwortung. Es müsse möglich sein, Eltern für diese Aufgabe zu qualifizieren, was vor allem für bildungsferne Eltern gelte.

Für Jürg Krummenacher, Präsident der EKFF, hat hingegen die Unterstützung der Eltern, die ihre Kinder aus beruflichen extern betreuen möchten, höchste Priorität. Gerade weil heute so viele Paare wieder auseinander gingen, müssten die Frauen ihre berufliche Qualifikation pflegen. Der Staat müsste noch viel mehr in die familienergänzende Betreuung investieren, sagte er beim Podiumsgespräch. Das sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Eine Wahlfreiheit zwischen beruflichem Engagement und Betreuung der eigenen Kinder war an dieser Veranstaltung kein Thema.

Die Zukunft wird entscheiden, ob das Modell Betreuungsgutscheine auch von andern Städten und Regionen übernommen wird, bzw. auf ihre Situation übertragbar ist. In Bern verlangt ein politischer Vorstoss die Einführung. Zug hat sie kürzlich abgelehnt.

Aus dem Impuls- wird ein Dauerprogramm

Kinderkrippen sollen vier weitere Jahre vom Bund gefördert werden, und zwar mit insgesamt 120 Millionen Franken. Nach dem Nationalrat stimmte auch der Ständerat der Verlängerung des Impulsprogramms bis Anfang 2015 zu.

(SSF/sda/im.) Der Entscheid fiel im Sinne des Antrags der Sozialkommission mit 37 zu 2 Stimmen. Der Bundesrat hatte für die Finanzierung lediglich 80 Millionen Franken vorgeschlagen. Der Bund unterstützt die Schaffung von Betreuungsplätzen seit 2003. Mit seiner Hilfe konnten mehr als 25'000 neue Plätze geschaffen werden. Wenn das aktuelle Programm im Januar 2011 ausläuft, werden es 33'000 sein. Es waren die Räte, die den Bundesrat beauftragt hatten, das Programm zu verlängern. Am 31. Januar 2015 soll es definitiv auslaufen.

Das Programm habe sich gut entwickelt und entspreche sichtlich einem Bedürfnis, sagte Kommissionssprecherin Christine Egerszegi (FDP Aargau). Derzeit seien 176 Projekte für insgesamt 3700 Plätze auf der Warteliste. Ein Produkt des Förderprogramms ist auch das Pilotprojekt der Stadt Luzern mit Betreuungsgutscheinen.